



Eine Analyse der Wahlen in Belgien

Steven Van Hecke & Gunther Vanden Eynde

Die gleichzeitige Wahl der drei Regionalparlamente, des föderalen Parlaments und des Europäischen Parlaments in Belgien am 26. Mai 2019 wird nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Die scheidende Mehrheit aus flämischen Nationalisten, Liberalen und Christdemokraten hat ihre Mehrheit auf föderaler Ebene deutlich verloren. Die Grünen gewannen zwar Stimmen dazu, allerdings deutlich weniger als erwartet. Die tatsächlichen Sieger der Wahlnacht waren die beiden Parteien am Rande des politischen Spektrums: der rechtsextreme Vlaams Belang in Flandern und die linksextreme PTB/PVDA in Wallonien. Zweifellos wird dies die Koalitionsverhandlungen, insbesondere auf föderaler Ebene, sehr schwierig gestalten.

Das politische System Belgiens

Auf föderaler Ebene besitzt Belgien ein Zweikammersystem, sich aus der Abgeordnetenkammer und dem Senat zusammensetzt. Seit 2014 wird der Senat indirekt bestimmt, während Mitglieder die Abgeordnetenkammer am selben Tag wie die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Regionalparlamente gewählt werden. föderaler Ebene sind vorgezogene Wahlen nur nach einem konstruktiven Misstrauensvotum möglich. Ähnlich wie beim Europäischen Parlament gilt die fünfjährige Amtszeit für alle Regionalparlamente: das flämische Parlament, das wallonische Parlament, das Parlament der Hauptstadt Brüssel und das Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft. Das Parlament der französischen Gemeinschaft (umbenannt in Parlament der Föderation Wallonie-Brüssel) setzt sich indirekt aus dem wallonischen Parlament und einem Teil des Parlaments der Hauptstadt Brüssel zusammen.

Bei allen diesen Wahlen gilt das Verhältniswahlrecht. Die Größe der Wahlkreise variiert je nach Parlament und Anzahl der Sitze pro Wahlkreis. Für das Europäische Parlament zum Beispiel ist Belgien in drei Wahlkreise unterteilt, die jeweils mehrere Sitze haben: einen flämischen (12), einen französischsprachigen (8) und einen deutschsprachigen Wahlkreis (1). Da

dem deutschsprachigen Wahlkreis nur ein Sitz zugeordnet ist, erhält die Partei mit den meisten Stimmen den Sitz. Es ist der einzige Wahlkreis in der EU, in dem tatsächlich das Mehrheitswahlrecht angewendet wird. Außerdem repräsentiert dieser Sitz die geringste Zahl von Bürgern in der EU, nämlich 77.000 EU-Bürger.

Für jedes der Parlamente konnten die Wähler bei ihrer Stimmabgabe zwischen den verschiedenen Parteilisten wählen. Innerhalb der Parteiliste können die Wähler eine "Parteistimme" abgeben, die die gesamte Kandidatenliste bestätigt, oder sie können Vorzugsstimmen abgeben. Es ist auch erlaubt, eine Parteistimme mit einer von mehreren Vorzugsstimmen zu kombinieren. Dieses eher liberale System der Vorzugsstimmen bedeutet, dass die Parteien der Zusammensetzung der Listen große Aufmerksamkeit schenken und dazu tendieren, populäre oder bekannte Politiker an die Spitze der Parteiliste zu setzen. Die Wähler wiederum wählen hauptsächlich Kandidaten, die sie persönlich kennen, oder Persönlichkeiten, die ihnen aus den Medien vertraut sind. Innerhalb der Listen ist die Repräsentation von Frauen dahingehend gewährleistet, dass die beiden Spitzenplätze auf jeder Liste jeweils von einem Mann und einer Frau besetzt sein sollten und die gesamte Liste ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen aufweisen sollte.

Die politische Landschaft wurde lange Zeit von den drei traditionellen politischen Familien dominiert: den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den Liberalen. Ihre Position wurde geschwächt, als sie sich entsprechend der sprachlichen Teilung aufspalteten und neue konkurrierende Parteien ihre Wahlpositionen in Frage stellten: die sogenannten "Sprachparteien" in den 70er Jahren, die Grünen ab den 80er Jahren und seit den 90er Jahren die Rechtsextremen, wenn auch nur auf flämischer Seite. In Brüssel oder Wallonien hat es noch nie eine bedeutende rechtsextreme Partei gegeben. Im Allgemeinen sind die frankophonen Wähler eher links, wobei die sozialistische Partei traditionell die stärkste Partei ist. und die Liberalen Christdemokraten als Parteien der Mitte gelten. In Flandern hingegen sind die Christdemokraten, eine echte Volkspartei mit Vertretern von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Selbständigen und Landwirten, die zentrale und dominante politische Kraft, während die Liberalen mehr rechts stehen. In der Regel setzen sich die Koalitionsregierungen aus mehreren politischen Parteien wobei flämische zusammen, Christdemokraten Premierminister als auf föderaler oder als Ministerpräsident der flämischen Region führende Positionen innehaben. In den Jahren 2004-2008 bildeten die flämischen Christdemokraten mit der N-VA, den flämischen Nationalisten, ein Wahlkartell.

Jüngste politische Entwicklungen

Seit 2010 konnte die N-VA alle Wahlen auf lokaler, regionaler, föderaler oder europäischer Ebene gewinnen. Seit 2009 gehört sie zur flämischen Regierung. Nach der Parlamentswahl im Jahr 2010 und dem Scheitern einer Koalitionsbildung ging sie in die Opposition. Im Jahr 2014 war sie sowohl auf regionaler als auch auf föderaler Ebene die größte Partei. Es wurden sogenannte "Schweden-Koalitionen" gebildet Bezugnahme auf die Farben und Symbole der schwedischen Flagge): flämische Nationalisten (gelb), Liberale (blau) und Christdemokraten (Kreuz). Die flämische Regierung besaß im flämischen Parlament eine große Mehrheit und wurde von Geert Bourgeois, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der N-VA, angeführt. Der aktuelle Parteivorsitzende der N-VA, Bart De Wever entschied sich, Bürgermeister von Antwerpen zu bleiben und nicht in die föderale Regierung zu wechseln. Da Marianne Thyssen (CD&V) belgisches Mitglied der Europäischen Kommission wurde, wurde nicht Kris Peeters (CD&V), der ehemalige Ministerpräsident von Flandern, sondern Charles Michel (MR) im Herbst 2014 neuer Premierminister. Das wichtigste Ziel des Koalitionsvertrages der Regierung waren sozioökonomische Reformen: Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und ein Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Häufig gab es Kontroversen innerhalb der Regierung, wobei die N-VA und die flämischen Liberalen eine eher rechtsgerichtete Agenda vorschlugen, während die flämischen Christdemokraten und die frankophonen Liberalen sozialen Themen mehr Aufmerksamkeit schenkten. Die flämischen Christdemokraten wurden jedoch oft von Gewerkschaften, einschließlich der christlichen Gewerkschaft, wegen des unsozialen Verhaltens der Regierung angegriffen. Dies brachte die flämischen Christdemokraten in eine schwierige und zunehmend isolierte Lage, auch weil sich die frankophonen Christdemokraten nicht an der föderalen Regierung beteiligen wollten, da sie die N-VA entschieden ablehnten. Entgegen aller Erwartungen wurde von der wallonischen Regierung deutlich weniger Streit ausgelöst, obwohl sie aus zwei Parteien bestand, die nicht in der föderalen Regierung vertreten waren: den frankophonen Sozialisten und den frankophonen Christdemokraten. Wegen der schwachen Opposition und der anhaltenden internen Meinungsverschiedenheiten wurde die Regierung als "kibbelkabinet" (Zank-Kabinett) verspottet. Flüchtlingskrise von 2015 und die die Aufmerksamkeit dann

Terroranschläge in Brüssel vom 22. März 2016 lenkten Wirtschafts- und Haushaltsfragen weg und hin zu den Bereichen Migration und Sicherheit. befanden Zufälligerweise sich diese

Ministerressorts in den Händen von N-VA-Ministern: Jan Jambon (Innenpolitik) und Theo Francken (Asyl und Migration). Letzterer nahm vor allem in seiner Kommunikation eine eher harte Haltung ein und wurde neben beliebtesten Premierminister Michel zum Politiker in Flandern und Belgien. Lange Zeit schien die N-VA unantastbar zu sein, selbst in der Regierung.

Mit den Kommunalwahlen vom Oktober 2018 änderte sich dies grundlegend. Die N-VA musste in mehreren Gebieten Flanderns Verluste einstecken, während gleichzeitig rechtsextreme Vlaams Belang viele Stimmen gewann. Viele Kommentatoren erklärten diesen durch die harte Haltung Kommunikation der N-VA in Bezug auf Identitätsund Migrationsfragen, die einen näher an den Rechtsextremen liegenden Ansatz zu etablieren versuchte. Die Christdemokraten konnten ihre Hochburgen vor allem auf dem Land halten, während die Liberalen in einigen Städten wie Gent, Mechelen, Kortrijk und Ostende gute Ergebnisse erzielten. Die größte Aufmerksamkeit galt jedoch dem Wahlkampf in Antwerpen. Der stellvertretende Premierminister Kris Peeters (CD&V) zog in die größte Stadt Flanderns, um den Vorsitzenden der Partei N-VA und Bürgermeister Bart De Wever herauszufordern, was ihm jedoch nicht gelang. De Wever blieb Bürgermeister, aber anstelle der Christdemokraten holte zusammen mit den liberalen die Sozialisten ins Boot. Der neue Koalitionsvertrag wurde nach der flämischen und föderalen Wahl von vielen als Vorläufer für eine neue Mehrheit angesehen.

Die scheidende föderale Regierung zerbrach jedoch bereits im Dezember 2018, da sich die Ansichten zum globalen Migrationspakt, dem sogenannten Marrakesch-Pakt, zwischen der N-VA einerseits und den übrigen Koalitionsparteien andererseits grundlegend unterschieden. Nach einer schweren politischen Krise verließ die N-VA die Regierung. Anstatt allerdings vorgezogene Wahlen einzuberufen, regierte Premierminister Michel mit einer Minderheitsregierung bis Mai weiter. Dieser Schritt wurde von der N-VA heftig kritisiert, da sie hoffte, das Thema Migration

während des unerwarteten Wahlkampfes nutzen zu können.

Wahlkampf

Der eigentliche Wahlkampf im Frühjahr 2019 war zumindest in den ersten Monaten des neuen Jahres weitgehend von einem anderen Thema geprägt: dem Klimawandel. Belgische Schüler konnten mit ihren jeden Donnerstag in der Hauptstadt Brüssel stattfindenden Protesten gegen die Klimapolitik der Regierung und für ehrgeizigere Ziele die öffentliche Debatte dominieren. Als die Spannungen wuchs, musste die flämische Umweltministerin Joke Schauvliege (CD&V) zurücktreten, nachdem sie aufgrund Informationen des belgischen angeblicher Geheimdienstes von einer Verschwörung in Bezug auf die wöchentlichen Proteste sprach. Generell hat die massive Aufmerksamkeit, die das Klimathema in den Medien und der Öffentlichkeit erfuhr, den Grünen in Flandern und insbesondere in Brüssel und Wallonien dazu verholfen, in Meinungsumfragen Höchstwerte zu erreichen. Da die flämischen Nationalisten den neuen, oft unbeliebten und finanziell riskanten Maßnahmen zur Bekämpfung Klimawandels weitgehend skeptisch gegenüberstanden, war der Wahlkampf in Flandern weitgehend vom Streit zwischen den Grünen und der N-VA dominiert. Die Grünen wurden auch von der Linken und der extremen Linken angegriffen, weil sie bei der Vorlage neuer Maßnahmen soziale Belange nicht berücksichtigen würden. Weitere Themen wie die Senkung des Rentenalters, die abnehmende Qualität des Bildungssystems oder Einführung einer Stausteuer wurden ebenfalls diskutiert. Migrations- und Sicherheitsfragen wurde hingegen viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Ergebnisse

Zwischen der Regional-, der Föderal- und der Europawahl gab es keine großen Unterschiede und dieselben Trends konnten beobachtet werden. Eine grundlegende Erkenntnis war, dass die extremen Parteien Stimmen gewinnen konnten, und die traditionellen Parteien, einschließlich der N-VA, Verluste hinnehmen mussten. In Flandern war der rechtsextreme Vlaams Belang der klare Sieger, während in Wallonien der linksextremen PTB/PvdA ein Durchbruch gelang. Die Grünen schnitten in Flandern deutlich schlechter ab als erwartet, in Brüssel und Wallonien konnten sie jedoch viele Stimmen gewinnen.

Abgeordnetenkammer

Die N-VA verlor fast ein Viertel ihrer Wähler, bleibt aber mit 25 Sitzen die größte Delegation. Die zweitgrößte Gruppe sind französischsprachigen Sozialisten mit 20 Sitzen. Der rechtsextreme Vlaams Belang ist heute die drittgrößte Fraktion, noch größer als die flämischen sowie die französischen Christdemokraten. Die Links-Rechtsextremen, also PTB/PVDA und Vlaams Belang, machen 20 Prozent der Stimmen aus. Alle traditionellen Parteifamilien mussten Verluste einstecken, einschließlich der N-VA. Nur die Grünen konnten dazu gewinnen, auch wenn sie immer noch kleiner sind als die Sozialisten und die Liberalen. So verlor die scheidende "schwedische" Regierungskoalition ihre Mehrheit. Selbst bei einem Beitritt der frankophonen Christdemokraten würde die Regierung aus N-VA, Liberalen und Christdemokraten keine Gesamtmehrheit zusammenbringen. Dasselbe gilt für die drei politischen Familien (eine so genannte Dreiergruppe) und die lila-grüne Koalition aus Sozialisten, Liberalen und Grünen. Insgesamt ist eine stabile Mehrheit ohne die Unterstützung sowohl der N-VA als auch der französischsprachigen Sozialisten unmöglich, ausgerechnet der beiden Parteien, die ihren Wählern im Wahlkampf versprochen hatten, zusammen keine Regierung zu bilden. Die N-VA kann ihre bevorzugte Schweden-Koalition nicht fortsetzen, während die französischsprachigen Sozialisten jegliche sogenannte progressive Koalitionen nicht erreichen.

Flämisches Parlament

Dieselben Trends zeichnen sich für die neue Zusammensetzung des flämischen Parlaments ab: der Vlaams Belang gewinnt und wird zweitgrößte Fraktion nach der N-VA, die ein Viertel ihrer Stimmen einbüßen musste. Erstmals zieht auch die linksextreme PTB/PVDA in das Parlament ein. Christdemokraten, Liberale und Sozialisten verlieren, während die Grünen gewinnen, auch wenn der Zuwachs deutlich geringer ausfällt als erwartet. Anders als im föderalen Parlament besitzt die scheidende Koalition aus N-VA, Christdemokraten und Liberalen noch immer eine Mehrheit, obwohl alle drei Parteien Sitze abgeben mussten. Da die traditionellen Parteien, die Grünen und die Linksextremen nicht mit dem sogenannten Vlaams Belang zusammen regieren wollen, und die N-VA zusammen mit dem Vlaams Belang die Mehrheit verfehlt, kommt ohne die N-VA keine Regierung zustande.

Wallonisches Parlament

Trotz einer anderen politischen Landschaft mit weniger politischen Parteien als in Flandern lassen sich im wallonischen Parlament dieselben Trends erkennen. Die traditionellen Parteien (Sozialisten, Liberale und Christdemokraten) verlieren, während die Linksextremen und Grünen gewinnen. Zusammen können sie ihren an Sitzen fast vervierfachen. französischsprachigen Grünen sind heute die drittgrößte politische Kraft. Die Regierung des ersten Teils der Legislative (Sozialisten und Christdemokraten) verliert ihre Mehrheit ebenso wie die scheidende Regierung des zweiten Teils der Legislative (Liberale und Christdemokraten). Ähnlich wie die N-VA in Flandern spielen die Sozialisten bei der Suche nach einer neuen Mehrheit in Wallonien eine Schlüsselrolle.

Parlament der Hauptstadt Brüssel

Wie üblich ist die politische Situation hier anders und auch komplizierter. Sie unterscheidet sich von der Situation in den anderen Landesteilen dahingehend, dass die Grünen, neben der linksextremen PTB-PVDA, die wahren Sieger der Wahlnacht sind. Aber auch hier verlieren alle traditionellen Parteifamilien, während die N-VA ihr Ergebnis halten kann. Es ist auch deshalb komplizierter, da eine Regierung nicht nur eine Gesamtmehrheit, sondern auch eine Mehrheit in jeder Sprachgruppe haben muss. In der Praxis bedeutet das, dass die französischsprachigen Parteien ebenso wie die flämischen Parteien jeweils allein eine Mehrheit bilden. Heraus kommt eine neue Regierung für die Region Brüssel, unabhängig von der Asymmetrie zwischen den beiden Mehrheiten.

Europäisches Parlament

Seit 2014 hat Belgien 21 Sitze im Europäischen Parlament. Die durch den Brexit bedingte Neuordnung ließ die Gesamtzahl der Sitze unverändert. 12 Sitze besetzt die Region Flandern, 8 Sitze die Region Wallonien und einen Sitz die deutschsprachige Gemeinschaft. Die Wähler in Brüssel können ihre Stimme einer der flämischen oder einer der französischsprachigen Parteien geben. Angesichts der relativ geringen Anzahl an Sitzen ergeben sich in der Regel nur wenige Veränderungen, obwohl die Fluktuation oft hoch ist. Auch hier mussten sowohl traditionelle Parteien als auch die N-VA Verluste hinnehmen. Zu den Gewinnern gehören der Vlaams Belang, die französischsprachigen Grünen und die linksextreme PTB/PVDA. Die Abgeordneten der NV-A haben sich schließlich entschieden, in der Fraktion Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) zu bleiben (obwohl die Partei selbst Mitglied der Europäischen Freien Allianz (EFA) ist). Außerdem wird sich erstmals auch ein belgischer Abgeordneter den Linksextremen anschließen.

Analyse

Die Wahlen vom 26. Mai 2019 haben ein Erdbeben in der politischen Landschaft Belgiens und in seinen Regionen ausgelöst. Das gute Abschneiden der Extremen war vorherzusehen, fiel aber viel stärker aus als erwartet. Gleichzeitig war die grüne Welle viel weniger deutlich als

erwartet. Gemeinsam mit der N-VA in Flandern und den französischsprachigen Sozialisten in Wallonien mussten die traditionellen Parteien bei der Bildung von Regionalregierungen Schlüsselpositionen abgeben. Diese Wunden werden nur langsam verheilen. Auch die N-VA will ihre ehemaligen Wähler, die sich dieses Mal für Vlaams Belang entschieden haben, zurückgewinnen, sich während die französischsprachigen Sozialisten um die neuen Wähler der PTB/PVDA bemühen wollen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die scheidende flämische Regierung aus N-VA, Christdemokraten und Liberalen fortgesetzt werden wird. Der Parteivorsitzende der N-VA, Bart De Wever, wird Ministerpräsident werden, da der scheidende Ministerpräsident von nun an im Europäischen Parlament sitzen wird. Wer sein Nachfolger als Parteivorsitzender werden soll, ist noch unklar. Dasselbe gilt für alle anderen traditionellen Parteien, darunter auch die flämischen Grünen. Oder anders ausgedrückt: Aufgrund ihrer Niederlage oder mangelnd klarer Wahlergebnisse sind die Positionen der Parteivorsitzenden sehr instabil. Im Herbst könnten dann Veränderungen anstehen, da sich bis dahin klären wird, welche Art von Koalitionen gebildet werden.

Die schwierigste Hürde wird jedoch die Regierungsbildung auf föderaler Ebene sein. Zur Vorbereitung auf diesen Prozess hat der König "informateurs" bestimmt: Johan Vande Lanotte, ehemaliger stellvertretender Premierminister Parteivorsitzender der flämischen Sozialisten, und Didier Reynders, scheidender Außenminister. Ihre Aufgabe besteht darin, Zeit zu gewinnen und mögliche Mehrheiten zu skizzieren. Niemand erwartet schnelle Ergebnisse von ihnen, geschweige denn, dass so einfach eine Regierung gebildet werden kann. Gleichzeitig will ieder einen langwierigen Regierungsbildungsprozess vermeiden. Dies wird jedoch weitgehend von der Haltung der Parteien und den verschiedenen, von ihnen verfolgten Strategien abhängen, nämlich davon, ob sie in ihrem eigenen oder im Interesse der Wählen handeln werden.

Wahlanalyse Mai 2019

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry Leiter des Europabüros https://www.kas.de/web/bruessel/home

eukas.bruessel@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von "Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)

www.kas.de